

Ostdeutsche Allgemeine

ostdeutscheallgemeine.com



21. bis 27. August 2026 • Preis 3,90 €

Funkstille im Klassenzimmer

Sachsen verbannt Handys aus dem Schulalltag – eine Schülerin über den Abschied vom digitalen Dauerbegleiter
Seite 52



Klarer Kurs auf Schwerin

Hiddensees Bürgermeister Thomas Gens will in den Landtag. Im Interview verrät er sein Rezept für eine bessere Politik
Seite 25



Zeugnis zum Halbjahr

Sechs Monate OAZ – Zeit für eine Bilanz. Und für einen Blick auf jene, die sie von Anfang an geschrieben hatten
Seiten 12/13



Die gefährlichste Demokratie Europas



Warum es Deutschland so schwerfällt, den Willen des Volkes zu akzeptieren

Seiten 4–8 und 35



Wenn Sie den QR-Code scannen, gelangen Sie auf ostdeutscheallgemeine.com

Ostdeutscher Verlag GmbH, 01277 Dresden
Redaktion: +49 (0)30 633 311 457
(Mo–Fr 13–14 Uhr)

Leserservice: +49 (0)30 2327-77
leserservice@ostdeutscherverlag.com
(Mo–Fr 8–17 Uhr, Sa 8–14 Uhr)



Anzeigen: +49 (0)30 2327-50
anzeigen@ostdeutscherverlag.com
aboshop.ostdeutscheallgemeine.com

Postvertriebsstück 39428
Entgelt bezahlt
Preis 3,90 €



Thomas Gens ist ein echter Inselaner. Er ist in Bergen auf Rügen aufgewachsen, wohnt seit 1990 auf Hiddensee und räuchert seinen Fisch selbst – auf einem alten Kutter im Hafen, wo die Luft nach Salz riecht und die Zeit sich anders anfühlt als auf dem Festland. Seit 2010 ist der 56-Jährige Bürgermeister des autofreien Eilands, Gemeindevertreter bereits seit 2004 und seit Kurzem Direktkandidat für den Schweriner Landtag.

Gens will aber nicht Politiker werden, sagt er. Er will Politik verändern: weniger Ideologie, weniger Symbolik. Er wünscht sich mehr Leute aus der Praxis, die wissen, wo der Schuh drückt. Mit der OAZ spricht er über leere Hülsen in der Politik, Matjesheringe als Wahlkampfmittel und die Frage, wo er sich politisch sieht.

Herr Gens Sie sind viele Jahre Bürgermeister von Hiddensee. Reicht Ihnen das nicht mehr?

Doch, eigentlich reicht es mir. Aber es reicht mir auch, wenn in Schwerin Dinge passieren, die hier vor Ort niemand versteht. Der Landtag ist für viele längst ein Job geworden, Politiker sein als Beruf. Ich glaube, das muss sich ändern. Ich habe manchmal das Gefühl, da laufen immer mehr leere Hülsen rum – ohne Profil, ohne Kante. Das war vor zwanzig Jahren noch anders. Da saßen „Typen“ im Landtag. Und die braucht es wieder.

Typen – was meinen Sie damit genau?

Leute, die ihre Meinung klar sagen. Die nicht zurückstecken, weil sie Bürgermeister, Abgeordnete oder was auch immer sind. Ich bin dafür bekannt, dass ich meine eigene Meinung habe. Die muss nicht immer richtig sein. Ich polarisiere, das weiß ich. Aber man muss sie sagen dürfen. Diese Freiheit lasse ich mir nicht nehmen. Das habe ich noch nie und das werde ich auch künftig nicht.

Seit 1990 ist ihre Heimat Hiddensee, aber gebürtig stammen Sie aus Bergen auf Rügen. Richtig?

Stimmt. Meine Mutter kommt von der Insel, mein Großvater war hier der Schmied – eine Institution. Ich sage immer, ich habe eine doppelte Staatsbürgerschaft. Seit 1970 Bergen und seit 1990 Hiddensee.

Wie viel von Ihrer Bekanntheit auf der Insel lässt sich denn auf den gesamten Wahlkreis 34 übertragen? Also: Bergen, Putbus und Binz. Hiddensee gehört ja nicht dazu. Das ist also schon ein anderes Format, oder?

Wir haben auf Hiddensee mit Naturschutzrecht, Baurecht, kommunalen Satzungen und der Frage, wie eine autofreie Insel funktioniert, jeden Tag praktische Probleme zu lösen. Da sammelt man Erfahrung. Und diese Erfahrung kann ich nach Schwerin mitnehmen.

Außerdem suchen die Leute Politiker, die nicht von Ideologien geprägt wird. Egal von welcher Seite. Als Bürgermeister habe ich das von Anfang an versucht, anders zu machen. Symbolpolitik bringt den Menschen nichts. Man freut sich vielleicht drei Wochen über eine Protestentscheidung.

In der vierten Woche kommt die Frage: Das Problem ist noch da, warum habt ihr es nicht gelöst? Dafür wird Politik gemacht – für Lösungen, nicht für Empörung. Und da muss auch die AfD sehr genau aufpassen.

Ich bin seit Jahren präsent. Nicht nur auf Hiddensee, sondern auch bei den Feuerwehren und den Firmen auf Rügen. Die Kandidatur war nicht mal meine Idee. Unternehmer und Bürger haben mich angesprochen und gesagt: Wir brauchen jemanden, der Rügen in Schwerin vertritt. Keinen, der aus Schwerin kommt und uns erklärt, wie es hier zu laufen hat.

Sie gelten als jemand, dem manche Positionen zuschreiben, die eher bei AfD oder BSW verortet sind – Friedenspolitik, Skepsis gegenüber dem Kriegskurs. Stimmt das?

Nein. Das sind keine Parteipositionen. Das sind Positionen, die viele Menschen genauso sehen. Sie wollen diese Kriesrheterik nicht mehr hören, sie haben Angst. Kinder haben Angst, die Nachrichten anzumachen. Der Krieg wird wie ein Computerspiel verharmlost. Wer noch ältere Großeltern hat, die selbst Krieg erlebten, weiß, was Krieg bedeutet. Und in diese Richtung darf Deutschland nie wieder gehen. Das ist einfach falsch.

Deshalb haben wir am 4. November vergangenen Jahres in Bergen eine Friedensdemonstration auf die Beine gestellt. Rund tausend Menschen kamen – für Rügen ist das enorm. Parteien konnten auch teilnehmen, wenn sie wollten. Aber die Bühne gehörte keiner Partei, sie gehörte dem Frieden. Man darf Menschen nicht durch Polarisierung ausgrenzen, man muss sie mitnehmen. Genau das fehlt mir gerade in Deutschland.

„Kinder haben Angst vor den Nachrichten“

Thomas Gens ist Bürgermeister von Hiddensee und will als parteiloser Direktkandidat in den Landtag. Ein Gespräch über Krieg und Frieden, Fischbrötchen und darüber, was Politik eigentlich leisten soll

DANILO VITENSE



Ideologien möge nicht, sagt Thomas Gens.

PRIVAT



Blick aus der Vogelperspektive auf Vitte

IMAGO

ZUR PERSON

Thomas Gens wurde am 3. Januar 1970 in Bergen auf Rügen geboren und lebt seit 1990 auf Hiddensee. Er ist Enkel des Insel Schmieds Walter Mann.

Seit 2004 gehört Gens der Gemeindevertretung von Hiddensee an, seit 2010 ist er ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Seebad Insel Hiddensee.

Bei der Kommunalwahl am 9. Juni 2024 trat er für die Wählergruppe Allianz für Hiddenseer (AlfH) an und wurde mit 58,3 Prozent der gültigen Stimmen im Amt bestätigt.

Sie haben kurzzeitig mit dem Projekt „Team Freiheit“ um Frauke Petry und Thomas Kemmerich geliebäugelt?

Ich habe über das Projekt nachgedacht, nicht über die Partei. Ich habe mit Frau Petry geredet, genauso wie mit Gregor Gysi. Für mich stand aber von Anfang an fest, dass ich als Unabhängiger kandidiere. Weil die Leute das wollen. Sie wollen einen Kandidaten, der von hier kommt und ihre Themen nach Schwerin trägt – nicht umgekehrt.

Wann haben Sie eigentlich endgültig entschieden, anzutreten?

Einen Stichtag gab es nicht, das ist gewachsen. Da war zunächst die Friedensdemonstration im November, danach kam der Eiswinter. Wir waren auf der Insel teilweise eingeschlossen. Das ZDF war da und wollte natürlich eine Geschichte daraus machen. Ich habe damals gesagt: Wir wollen kriegstüchtig werden, können aber nicht einmal Winter. Der Satz wurde nicht gesendet. Wahrscheinlich war er zu heikel, aber ich finde ihn richtig.

Wir reden über militärische Fähigkeiten und große geopolitische Fragen. Gleichzeitig bekommen wir bei einem normalen Winter Probleme mit Bahn, Winterdienst und Versorgung. Das sind die Probleme, die die Menschen vor Ort beschäftigen.

Und dann kam noch das Indianerfest, das für bundesweite Aufmerksamkeit sorgte. Sie hatten es im August 2025 ja als bewussten Protest organisiert, nachdem eine Rostocker Kita ein solches als nicht mehr zeitgemäß absagte.

Sozusagen. Plötzlich war das bundesweit in den Medien. Ein Indianerfest auf einer kleinen Insel bekommt bundesweite Aufmerksamkeit. Aber wie wir Schulen, Wohnungsbau, Häfen und Küstenschutz in den Griff bekommen, interessiert deutlich weniger. Irgendetwas stimmt grundsätzlich nicht mehr. Die mediale Gewichtung ist teilweise völlig verrückt geworden. Wenn ein Indianerfest auf Hiddensee irgendwann in München in der Zeitung steht, frage ich mich schon, wo wir angekommen sind. Es gibt genügend wichtigere Probleme.

Angenommen, es klappt mit dem Direktmandat, würden Sie einer Fraktion beitreten?

Das hängt von den Menschen ab, die dort sitzen. Von den Biografien, den Typen, die in den jeweiligen Fraktionen sind. Das muss man sich genau anschauen. Ich bin auch weiterhin Bürgermeister und trage

Verantwortung für die Insel. Das muss alles zusammenpassen.

Aber ich sage Ihnen, was die charmanteste Situation wäre: Wenn Mehrheiten an einer einzigen Stimme hängen. Das kann passieren. Dann wäre eine unabhängige Stimme vielleicht genau das, was Demokratie manchmal braucht. Das wäre eine Glanzstunde. Und das sollte deutschlandweit Schule machen.

Und was ist Ihre rote Linie?

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Ideologien mag ich nicht, egal von welcher Seite. Wenn etwas zu ideologisch geprägt ist, mache ich nicht mit. Es müssen Sachthemen sein und Lösungen müssen auf den Tisch. Punkt. Und alles, was diesen Kriegskurs betrifft, werde ich auch nicht unterstützen. Das ist klar.

Wenn politische Regeln handwerklich schlecht gemacht sind, muss man das auch sagen dürfen. Und zwar deutlich.

Was haben Sie auf Hiddensee denn konkret erreicht?

Wir haben gezeigt, dass Politik Ergebnisse erzielen kann. Zusammen mit der Gemeindevertretung, nicht ich allein. Wir haben 2014 einen Familienpass eingeführt. Schulkinder und Senioren ab 60 können kostenfrei im Inselbus fahren.

Es gibt Zuschüsse für Klassenfahrten und ein Begrüßungsgeld für Neugeborene. Wir haben das Schulgeld abgeschafft und eine der niedrigsten Gewerbesteuerquoten im Land – einen Hebesatz von 250 Prozent. Jetzt zwingt uns der Bund jedoch auf 280 Prozent ab 2027.

Wir haben durch Wohnungsbau mit leistbaren Mieten dafür gesorgt, dass wieder zwei- bis dreihundert Menschen mehr dauerhaft auf der Insel leben. Für eine Insel mit knapp tausend Einwohnern ist das schon eine Hausnummer.

Wir haben außerdem mit viel Mühe und manchmal auch viel Fantasie dafür gesorgt, dass die Gemeinde wieder selbst bestimmen kann, wer auf der Insel mit dem Auto fahren darf und wer nicht. Das klingt banal, ist es aber nicht. Im Zuge der Ämterbildung war vieles nach Samtens ausgelagert worden. Da hat manches einfach nicht funktioniert.

Was ist das größte ungelöste Problem?

Wohnungsbau. Wir haben ein Wohnungsbauprogramm beschlossen und jetzt kommt die Landesbauordnung. Diese macht Bauen auf einer Insel mit Inselzuschlag so teuer, dass wir mit Paragraph 56 der Kommunalverfassung in Konflikt geraten.

Wir dürfen nicht unter Wert vermieten, aber die Baukosten auf die Miete umzulegen, würde dreißig Euro pro Quadratmeter bedeuten. Das ist irre und versteht in Schwerin niemand. Man dreht an einer Schraube und bedenkt nicht, was das ganze Gefüge ins Wanken bringt.

Fühlen Sie sich mit den Problemen Hiddensees vom Land oder vom Bund zu wenig gesehen?

Darum geht es gar nicht. Aufmerksamkeit kann ich mir selbst verschaffen. Ich weiß mittlerweile, wie das funktioniert. Das Problem betrifft das ganze Land. Es braucht einen klaren Kurs. Ein Kernproblem ist das Konnexitätsprinzip. Der Bund beschließt Dinge und am Ende bezahlen die Länder, Landkreise und Gemeinden. Das macht das Land im Übrigen genauso.

Die Landesregierung stellt sich hin und sagt: kostenfreie Kita. Das klingt wunderbar. Aber am Ende landen die Kosten bei Landkreisen und Gemeinden – über Umlagen und andere Wege. Das ist doch die Schiefelage. Die Politik verspricht Leistungen, aber die Kommunen müssen sehen, wie sie sie bezahlen.

Sie verkaufen Fischbrötchen und haben einen Kutter. Ist da noch Zeit für Wahlkampf?

Natürlich ist das alles eine Frage der Organisation. Wahlkampf im Sommer in einem Tourismusland ist schon speziell. Für Berufspolitiker mag der Zeitpunkt einer Wahl vielleicht egal sein, für Menschen aus der Wirtschaft ist das schwieriger. Aber ich bin organisiert.

Wahlkampf beginnt auch nicht acht Wochen vor der Wahl. Wahlkampf beginnt am ersten Tag nach der Wahl. Wenn man Bürgermeister ist oder Ambitionen für Landespolitik hat, muss man sich langfristig mit Themen beschäftigen und sich empfehlen. Wie ein Handwerker. Niemand würde einen Handwerker beauftragen, der erst acht Wochen vorher anfängt, sich mit seinem Beruf zu beschäftigen. Aber bei Politikern machen wir das.

Was machen Sie am Tag nach der Wahl?

Ich gehe am Montagmorgen auf den Kutter und räuchere meinen Fisch. Ich habe meine Aufgaben zu erledigen. Feiern können die anderen.

Wenn Sie nur eine Sache aus dem Landtag mit nach Hiddensee bringen könnten – was wäre das?

Das Verständnis der Mehrheit im Landtag für die Probleme vor Ort.



Pieter Bruegel der Ältere: „Die Kinderspiele“, 1560, Öl auf Holz

CC BY-SA 4.0

Sechs Monate OAZ: Das Halbjahreszeugnis für Deutschlands Medienbetrieb

Wer ein halbes Jahr lang beobachtet, bewertet und einordnet, darf selbst benotet werden.
Eine Bilanz – Medienkritik und eigene Fehler inklusive

DIRK JEHLICH

Am 20. August wird die Ostdeutsche Allgemeine Zeitung sechs Monate alt. Zeit für das erste Halbjahreszeugnis. Was aus der OAZ geworden ist, darüber haben wir regelmäßig in der Zeitung und auf unserem Projekt-Halle-Blog berichtet. Wie sie auf keinen Fall sein kann, haben unsere Wettbewerber ebenso zuverlässig eingeordnet. Eine weitere Zwischenbilanz ersparen wir Ihnen deshalb. Wir möchten den Anlass nutzen, einmal anders auf diese erste neue Zeitung seit der Wiedervereinigung aus dem Osten Deutschlands zu schauen.

Willkommen auf dem Medienschulhof
Der neue Schüler war noch nicht richtig eingeschult, aber die Akte war bereits angelegt. Einige wussten vor der ersten Ausgabe, dass aus ihm nichts werden würde. Andere warnten vor seinem Einfluss auf die Klassengemeinschaft. Wieder andere meldeten vorsorglich, mit wem er sprach, welche Bücher er las und ob seine Schrift möglicherweise auf ein problematisches Elternhaus schließen lasse.

Ein Halbjahreszeugnis nur für den neuen Schüler wäre allerdings unfair. Wer sechs Monate lang prüft, erzieht, beobachtet und benotet, muss sich gelegentlich auch selbst einer Evaluation stellen. Beginnen wir mit der Schule.

Der Oberstudienrat
Die FAZ ist der Oberstudienrat des deutschen Medienbetriebs. Wo andere zunächst lediglich einen Vorgang erkennen, sieht sie sofort eine Charaktereigenschaft. Die OAZ verspricht demnach „Revanche“. Ein nicht auf den Titel eingeschränktes ausgespieltes Autorenverzeichnis aller Autoren der Ostdeutschen Medienholding wurde zu „Friedrichs Fake“. Aus einem Rechtsstreit von Verlag und Autor entstand die Erzählung, Holger Friedrichs Zeitung wolle Meinungen verbieten.
Das Detail wird dabei nicht ignoriert. Im Gegenteil: Es wird so lange vergrößert, bis es das Gesamtbild überdeckt.
Der neue Schüler hat kaum Platz genommen, da steht der Oberstudienrat bereits vor ihm, kneift die Lippen zusammen und fragt nicht, was er kann, sondern wer ihm

Wer eine neue Zeitung gründet, darf nicht schüchtern sein.

erlaubt hat, auf diesem Stuhl zu sitzen. Mit kaum verhohlenen Dünkel.
Der empfindlichste Punkt der FAZ dürfte weniger ein verlorenes Abonnement als eine verletzte Rangordnung sein. Ihr wichtigstes Kapital besteht nicht aus Informationen. Es ist die Autorität zu entscheiden, wer seriös ist, was als Journalismus gilt, welche Zuspitzung als Feuilleton durchgeht und welche als Verfehlung aktenkundig wird.
Die OAZ hat dagegen vom ersten Tag an so getan, als sei sie bereits eine Zeitung. Sie stellte keine Beitrittsanfrage, absolvierte kein publizistisches Probehalbjahr und wartete nicht auf die Bescheinigung ihrer journalistischen Verkehrstüchtigkeit.
Das dürfte aus Sicht des Oberstudienrats bereits der erste Regelverstoß gewesen sein.
Die FAZ – dahinter steckt immer ein kluger Kopf. Aber davor gelegentlich schon ein fertiges Urteil.
Die Integrationslehrerin
Die Zeit ist die Integrationslehrerin. Sie erkennt zuverlässig soziale Identitäten, kulturelle Zuschreibungen und Machtverhältnisse. Sie hielt Investitionen in ostdeut-

schen Journalismus ausdrücklich für sinnvoll. In der konkreten OAZ sah sie jedoch eine Zeitung, die „Ostdeutschsein“ zur politischen Haltung mache und bestehende Klischees nicht auflöse, sondern neu zusammensetze. Der dazugehörige Kommentar trug den Titel: „So isser, der Ossi.“
Auch das ist eine bemerkenswerte Unterrichtsmethode. Die Integrationslehrerin warnt die Kinder davor, Menschen auf Stereotype zu reduzieren, und schreibt dann selbst „DER OSSI“ in großen Buchstaben an die Tafel.
Grundsätzlich dürfen in ihrer Klasse alle unterschiedlich sein. Jedes Kind darf seine eigene Farbe wählen, seine Herkunft erzählen und seine individuelle Erfahrung einbringen. Das richtige Gesamtbild hängt allerdings bereits vorne.
Der innere Konflikt der Zeit liegt zwischen Vielfalt und Pädagogik. Sie möchte ostdeutsche Repräsentation, misstraut aber einer ostdeutschen Selbstbeschreibung, die sich ihrer liberalen Übersetzung entzieht. Der Osten darf eine eigene Stimme finden. Nur sollte sie bitte das Richtige sagen.
Eine ostdeutsche Identität ist willkommen, solange sie Benachteiligung beschreibt und Anerkennung verlangt. Sobald sie selbst Anerkennung verteilt, politische Urteilskraft beansprucht oder westdeutsche Gewissheiten nicht länger für universell hält, wird sie verdächtig.
Wer den Osten beschreibt, gilt als ostdeutsch. Wer den Westen beschreibt, gilt schnell als politisch. Wer den Westen gar nicht beschreibt, gilt als objektiv. So ist der Zeitgeist.
Feststellung des Schulinspektors: Die Integrationslehrerin erkennt ostdeutsche Identität auf hundert Meter Entfernung. Die eigene hält sie für Objektivität.
Die Pausenaufsicht
Taz, Compact und Volksverpetzer übernehmen die Pausenaufsicht – eine Initiative der Helikoptereltern und Anwohner, die besorgt auf den Schulhof schauen, der so groß wie unsere Verfassung weit ist.
Ihnen geht es um Ordnung, und die braucht Lager. Man muss sich auf dem Schulhof schon entscheiden, zu welcher

Clique man gehört, und darf nicht einfach mit allen gut Freund sein.

Wenn demnächst jeder selbst wählen kann, wo er auf dem Schulhof steht, dann sieht die Pausenaufsicht eine Gefahr für die Demokratie. Sie schickt daher all die in eine Ecke, die auf Antworten Gegenfragen stellen oder immer das letzte Wort haben müssen.

Auf dem Medienschulhof ufert das gerade etwas aus. Die Aufsicht sieht nicht nur, was in den Hausaufsätzen der Schüler steht. Sie erkennt sofort, was damit geschehen könnte. Ein Interview normalisiert. Ein Porträt wertet auf. Ein nicht ausreichend kritischer Satz verschiebt den Diskurs.

Die Kinder können frei diskutieren, so lange am Ende niemand die falsche Schlussfolgerung zieht.

Die Taz erkannte eine Zeitung zwischen „Ostalgie, Sowjetromantik und AfD“. Volksverpetzer beschrieb eine Zielgruppe aus „Kreml-Jüngern, Querdenkern und Rechts-extremisten“, an die sich die OAZ heranzuwenden wolle.

Weil Kinder nun mal viele Fragen stellen und all die Vielfalt und das bunte Treiben auf dem Schulhof unter Kontrolle gebracht werden müssen, hat sich eine bewährte Regel durchgesetzt: Alles rechts von links ist eben rechts. Seitdem ist es in der Mitte des Schulhofs leer, aber an den Rändern gibt es im Sommer wenigstens Schatten.

Der schulpsychologische Dienst

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk betrachtet die OAZ weniger als Wettbewerber denn als gesellschaftliches Symptom.

Er hat den neuen Schüler „mit Skepsis erwartet“. Er interessiert sich weniger für die Mathenoten als für die Biografie.

Was macht dieser neue Schüler mit der Klassengemeinschaft?

Der schulpsychologische Dienst warnte in der Lehrerkonferenz, dass der neue Schüler in der DDR aufgewachsen ist. Vermutlich haben beide Eltern nach der Wende ihre Arbeit verloren. Wenn er erlebt hat, wie eine komplette Lebenswirklichkeit innerhalb weniger Monate verschwindet, wenn er sich mehrfach neu erfinden musste, wirtschaftlichen Absturz und sozialen Aufstieg gleichermaßen kennt, und wenn er gelernt hat, dass auch sehr stabile Gewissheiten plötzlich zusammenbrechen können – es ist doch absehbar, was das mit einem macht. Der neue Schüler nennt es vielleicht einen Erfahrungsschatz. Der schulpsychologische Dienst nennt es einen Risikofaktor und denkt an einen Verdachtsfall.

Vertieft er die Spaltung? Entsteht auf dem Pausenhof eine parallele Öffentlichkeit? Was bedeutet sein Verhalten für das Vertrauen in die Schulleitung? Man sollte das im Blick behalten.

Die passende Fallbesprechung lieferte Altbundespräsident Joachim Gauck. Bei einem Medienkongress warnte er Journalisten davor, aus einzelnen Beobachtungen einen Generalverdacht zu konstruieren und zu Gefangenen ihrer eigenen Grundüberzeugungen zu werden. Er forderte den „Willen zum ganzen Bild“ – und nannte die OAZ kurz darauf eine „Ossi-Postille“.

Man kann den Widerspruch kaum anschaulicher an die Schultafel schreiben: erst vor Generalverdacht warnen, dann dem neuen Schüler ein Herkunftsetikett ankleben.

Der schulpsychologische Dienst fragt, ob der neue Schüler in die Schule passt. Der neue Schüler fragt sich, ob die Schule vielleicht nur noch nie erlebt hat, dass Schulen sich ändern können.

Die Freigeister in der letzten Reihe

Freitag, Cicero, Telepolis, Nachdenkseiten und Overton reagierten anders. Sie betrachteten die OAZ eher als Abwechslung und willkommene Bereicherung.

Im Klassenraum wären sie die Freigeister in der letzten Reihe. Sie haben nicht immer recht, aber sie sind erfrischend neugierig. Sie akzeptieren, dass es mehr als einen zulässigen Lösungsweg geben kann, und geraten nicht in Panik, sobald jemand ein anderes Buch benutzt.

Sie wissen, dass ein freier Diskurs sich nicht daran erkennen lässt, dass die richtigen Meinungen frei ausgesprochen werden dürfen. Entscheidend ist, ob auch irritierende, unpopuläre und möglicherweise falsche Aussagen vorkommen können, ohne dass bereits ihre bloße Anwesenheit als Gefahr gilt.

Das ist keine Garantie für bessere Urteile, aber für interessantere Gespräche.

Die bisherigen Klassensprecher

Eine weitere Reaktion lässt sich nicht bequem als westdeutscher Angriff auf eine ostdeutsche Zeitung erklären.

Einige ostdeutsche Publizisten haben ihre öffentliche Rolle über Jahre darauf aufgebaut, den Osten einem westdeutschen Publikum zu erklären. Sie waren gefragte Übersetzer ostdeutscher Verletzungen, Ängste und politischer Abweichungen.

Mit der OAZ entsteht nun eine Bühne, auf der sehr unterschiedliche Ostdeutsche selbst sprechen. Die bisherige Erklärung des Ostens wird damit zu einer Perspektive unter mehreren.

Im Schulbetrieb sind das die Klassensprecher. Der bisherige Klassensprecher begreift, dass er möglicherweise nie gewählt wurde. Das kann existenziell werden. Wer seine publizistische Bedeutung daraus bezieht, den Osten zu erklären, verliert an Deutungshoheit, sobald der Osten nicht länger als schweigende Gruppe hinter ihm sitzt.

Die eigentliche Provokation der OAZ besteht daher nicht darin, dass sie für den Osten spricht. Sie lässt ihn sprechen. Und dabei zeigt sich, dass manche öffentlich besonders präsente Oststimme nur eine von vielen ist.

Der Streber mit der Schülerzeitung

In fast jeder Schule gibt es außerdem diesen einen Schüler:

Er macht die Hausaufgaben nicht nur zuverlässig, sondern vorsorglich auch für mehrere Mitschüler. Er meldet sich als Erster, noch bevor die Frage vollständig gestellt wurde, und reicht seine Antwort anschließend bei der Schülerzeitung, der Wandzeitung und dem Elternbrief ein.

Auch die OAZ hat einen solchen Beobachter. Er veröffentlichte in auffällig vielen Medienhäusern mehr Beiträge über die OAZ, als überhaupt OAZ-Ausgaben erschienen sind.

Er beobachtet nicht nur. Er geht regelmäßig petzen – selbstverständlich nicht aus Abneigung, sondern aus Sorge um die Schulordnung. Mal meldet er, mit wem der neue Schüler gesprochen hat. Mal, welche Bücher er liest. Mal, dass er im Unterricht eine Frage gestellt hat, die im Lehrplan nicht vorgesehen war.

Das Lehrerkollegium nimmt die sachdienlichen Hinweise gern entgegen und schätzt seinen Nachwuchs-IM sehr. Nur der Sportlehrer fragte kürzlich: „Willst du den Neuen in Schwierigkeiten bringen oder aus Schwierigkeiten herausholen?“ Aber warum nachfragen, wenn man auch gleich bewerten kann?

Wir sind noch da.
Das klingt nach
sechs Monaten
bescheiden, war
nach einigen
Nachrufen
unmittelbar nach
der Einschulung
aber offenbar nicht
selbstverständlich.

Für Spekulationen über fehlende Zuneigung oder frühkindliche Traumata besteht kein Anlass. Das professionelle Anreizsystem erklärt genug: Aufmerksamkeit, moralische Selbstvergewisserung und publizistische Relevanz entstehen zuverlässig, solange das beobachtete Objekt als Gefahr beschrieben werden kann.

Aus Beobachtung wird Mission. Aus Mission wird eine öffentliche Rolle. Irgendwann braucht der Kritiker seinen Gegenstand möglicherweise dringender, als dass er noch an einer offenen Betrachtung interessiert wäre.

Die Schulinspektion

Bevor der neue Schüler sein Zeugnis erhält, werfen wir einen Blick auf die Einrichtung, die ihn ein halbes Jahr lang beobachtet, bewertet und erzieherisch begleitet hat.

Auch Schulen werden schließlich regelmäßig evaluiert. Zumindest solche, die nicht selbst über verbindliche Bewertungsmaßstäbe, sondern nur über freiwillige Selbstverpflichtungen verfügen.

AUFMERKSAMKEIT FÜR NEUANKÖMMLINGE: Note 1

Kaum ein neuer Schüler wurde so eng begleitet. Manche Lehrer und Mitschüler wussten bereits vor seinem ersten Schultag, dass aus ihm nichts werden würde.

DOKUMENTATIONSFLEISS: Note 1

Besonders der Redakteur der Schülerzeitung reichte regelmäßig neue Aufsätze über denselben Mitschüler ein. Die Themenvielfalt blieb überschaubar, der Abgabetaktt vorbildlich.

QUELLENARBEIT: Note 5

Dieselbe Ursprungsthese in sieben verschiedenen Medien gilt im Schulbetrieb häufig als sieben unabhängige Quellen.

TRENNUNG VON TATSACHE UND MEINUNG: Note 5

Zur Note 4 hat es nicht gereicht. Ein „stets bemüht“ war nicht erkennbar. Solange der Vorwurf erhoben wird, heißt er Faktencheck. Fragt jemand nach dem Beleg, war es plötzlich doch nur eine Meinungsäußerung.

SELBSTREFLEXION DES KOLLEGIIUMS: Wegen wiederholten Fehlens nicht bewertet.

SCHULKLIMA:

Stark vom Lehrerzimmer und vom Sitznachbarn abhängig.

GESAMTERGEBNIS DER INSPEKTION:

Der Schulbetrieb darf fortgesetzt werden. Pädagogische Nachqualifizierung wird empfohlen. Die Betriebserlaubnis bleibt bestehen. Nicht zuletzt, weil die Schule sie sich selbst ausstellt.

Das Zeugnis des neuen Schülers

Zum Halbjahreszeugnis gehört selbstverständlich auch die Bewertung des neuen Schülers. Das Problem: Er schreibt diesen Text selbst. Eine glatte Eins wäre deshalb weniger eine Note als eine Pressemitteilung. Eine demonstrativ schlechte Bewertung wäre wiederum kokette Tiefstapelei. Wir versuchen es deshalb anders. Wir benoten uns nicht. Wir legen das Klassenbuch offen.

ANWESENHEIT: Note 1

Wir sind noch da. Das klingt nach sechs Monaten bescheiden, war nach einigen Nachrufen unmittelbar nach der Einschulung aber offenbar nicht selbstverständlich.

MÜNDLICHE BETEILIGUNG: Note 1

Wir haben uns häufig gemeldet, auch wenn niemand danach gefragt hat. Gelegentlich hatten wir dabei mehr Mitteilungsdrang als Geduld.

MUT: Note 1 bis 2

Wir haben Fragen gestellt, Gesprächspartner eingeladen und Themen aufgegriffen, die durch die Pausenaufsicht explizit untersagt sind. Man kann allerdings auch sehr mutig danebenliegen. Deshalb ersetzt Mut weder Recherche noch die Bereitschaft, Gegenargumente auszuhalten.

SORGFALT: Note 3 bis 4

Wir haben Fehler gemacht. Einige waren vermeidbar, manche peinlich, andere wurden von unseren Kritikern so lange vergrößert, bis man sie aus Frankfurt ohne Brille erkennen konnte. Dass die Vergrößerung übertrieben war, macht den ursprünglichen Fehler nicht richtig. Dafür, dass wir ein Start-up im Aufbau sind, ist überraschend wenig schiefgegangen. Zu viel trotzdem.

UMGANG MIT KRITIK: entwicklungsfähig

Einwände unserer Leser haben wir geprüft und bestmöglich berücksichtigt. Andere Kritik haben wir häufig als Missgunst, Hass und Hetze verstanden und entsprechend ignoriert. Manchmal zu schnell. Auch das gehört in unser Klassenbuch.

SELBSTBEWUSSTSEIN: Note 1

Wir pendeln zwischen Demut und der Tendenz zur Überschätzung. Aber wer eine neue Zeitung gründet, darf nicht schüchtern sein.

VERTRETUNG DER KLASSE: ohne Mandat

Wir sprechen aus dem Osten und schaffen eine Bühne für ostdeutsche Stimmen. Wir sprechen nicht automatisch für jeden Ostdeutschen. Wer uns widerspricht, ist herzlich eingeladen, seine Antithese einzureichen. Dafür haben wir Open Source gegründet.

SOZIALVERHALTEN: uneinheitlich

Mit unseren Lesern überwiegend gut. Mit Teilen des Kollegiums angespannt. Zum Streber besteht ein intensiver, allerdings weitgehend einseitiger Kontakt.

LERNBEREITSCHAFT: wird weiter geprüft

Entscheidend ist nicht, ob wir Fehler vermeiden. Das wird keiner Zeitung gelingen. Entscheidend ist, ob wir aus ihnen lernen, ohne uns von jedem Zwischenruf den Lehrplan diktieren zu lassen.

BELIEBTHEIT: Keine Schulnote

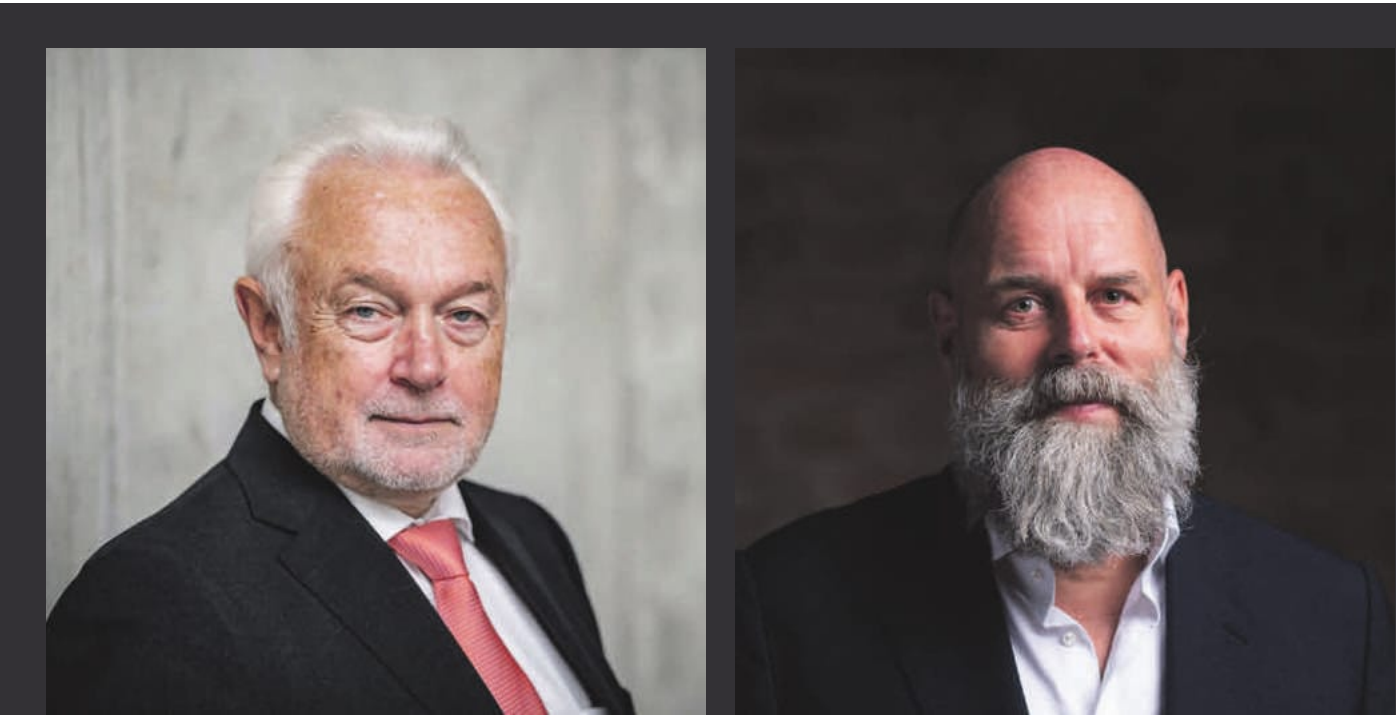
Dafür gibt es Leser, Abonnenten, Reaktionen, Widerspruch, Empfehlungen und Kündigungen. Im Unterschied zu einer Medienjury stimmen diese Menschen mit ihrer eigenen Zeit und ihrem eigenen Geld ab.

GESAMTNOTE: nicht von uns zu vergeben

Unsere Leser haben in den vergangenen sechs Monaten etwas erfreulich Altmodisches getan: Sie haben gelesen. Sie haben gelobt, kritisiert, korrigiert, abonniert und weiterempfohlen. Sie mussten nicht entscheiden, welches politische Symbol die OAZ darstellt.

Sie behandelten uns wie das, was wir sind: eine Zeitung, eine Website, eine App mit E-Paper, die sich mit jeder Ausgabe neu bewähren müssen.

Die Schulinspektion ist damit beendet. Die Lehrerkonferenz darf weiter tagen. Versetzt werden wir nicht von ihr, sondern von unseren zahlenden Lesern. Und die werden tatsächlich täglich mehr.



Berliner Zeitung

Ostdeutsche Allgemeine



SPEZIAL

PERSPEKTIV
WECHSEL

FREIHEIT VS. ERGEBNISSE

mit Wolfgang Kubicki (Bundesvorsitzender der FDP)
und Holger Friedrich (Verleger der Ostdeutschen Medienholding)

Di, 25. August — 19:30 Uhr

Theater Ost • Moriz-Seeler-Straße 1, 12489 Berlin

Tickets unter
theater-ost.de

